

12

# DIE ALTERNATIVE



## VERA KOLLER NEUE KRAFT AN DER SPITZE DER UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTERINNEN

Herausgegeben von



Dezember 2019  
Einzelheft: 2,50 Euro  
Abonnement: 17 Euro  
P.b.b., Verlagspostamt 1040  
02Z031242 M, Kd.-Nr: 0 021 012 558

### Comicausstellung

#### "Hallo Kollege – alles O.K.?"

5. November – 31. Dezember 2019

Montag bis Samstag, 12.00–18.00 Uhr

Kings Barbing Salon, Wimberggasse 8, 1070 Wien

Idee/Zeichnung/Grafik

Happy Akegbeleye, Petja Dimitrova, Sandra Stern

### AUGE/UG BR-Konferenz: Gemeinsam wachsen

Die Konferenz beginnt am Freitag, 17. Jänner 2020 um 17:00 Uhr und endet am Samstag, 18. Jänner 2020 um 17:00 Uhr.

Wir freuen uns auf eure verbindlichen Anmeldungen spätestens bis zum 15.12.2019 unter [auge@ug-oegb.at](mailto:auge@ug-oegb.at)

### 12. Österreichische Armutskonferenz Stimmen gegen Armut

9. – 11. März 2020 in St. Virgil / Salzburg

Information unter <http://www.armutskonferenz.at/>

*Hallo Kollege – alles O.K.?* ist eine zweisprachige (Deutsch/Englisch) Comicausstellung über Migrant\*innen, die ohne Papiere arbeiten, Solidarität und die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen (Selbst-)Organisierung. Der Comic informiert über grundlegende Arbeitsrechte in Österreich und ermutigt undokumentiert Arbeitende, ihre Rechte einzufordern. Er basiert auf der gleichnamigen Broschüre des Vereins Sendika zu undokumentiert Arbeitenden.

UNDOK in Kooperation mit Sendika

Lerne andere BetriebsrätInnen (Ersätze) kennen, um dich zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen, Synergien zu nutzen. Außerdem wollen wir gemeinsam herausfinden warum braucht es die AUGÉ/UG, was braucht es an Strukturen, Unterstützung ...und wo kann welche Expertise von euch eingebracht werden.

#### Zielgruppe

AUGE/UG BetriebsrätInnen, AUGÉ/UG ErsatzbetriebsrätInnen

#### Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden

In der 12. Armutskonferenz wollen wir der Frage nachgehen, wie Demokratie gestaltet werden kann, damit alle gesellschaftlichen Gruppen teilhaben und mitbestimmen. Was braucht es, damit die Stimmen ausgegrenzter und armutsbetroffener Menschen gehört werden?

#### AUTORINNEN DIESER AUSGABE

Veronika Litschel



Klaus Brandhuber



Gaby Bogdan



Uschi Göttl



Wilhelm Richard Baier



Hannes Grünbichler



Beate Neunteufel – Zechner



Manfred Walter



Andreas Daniel



Sonja Müllner



Silvia Tauchner



Cornelia Stahl



# DIE ALTERNATIVE

## INDEX

### GEWERKSCHAFT UND BETRIEB

- s. 4 **KOLUMNE** Veronika Litschel
- s. 5 Kurzmeldungen aus der Arbeitswelt
- s. 6-7 Alternativen zur Pendlerpauschale
- s. 8 **Interview** mit Vera Koller
- s. 9 Lehrerinnen APP
- s. 10 Ergebnis GÖD Verhandlungen
- s. 11 Forderungen der UGÖD

### COMIC

- s. 12/13 MUCH
- s. 14 Pflegefall Pflege
- s. 15 UNDOK Broschüre / Optimierung kommt
- s. 16-17 Der Duft von Veränderung
- s. 18-19 Younion Vorarlberg
- s. 20 AK Wien Resolution Rojava

### MAGAZIN

- s. 21 free mülkiye
- s. 22 - 23 Kolumbien steht auf
- s. 24 **Rezension** Getrennte Welten

### IMPRESSUM

**Medieninhaber, Verleger** Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeberin** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion** Renate Vodnek, **Layout** Stefanie Hintersteiner

Alle 1040, Belvederegasse 10/1, **Telefon** (01) 505 19 52-0, **Fax** (01) 505 19 52-22, **E-Mail für Abonnement** auge@ug-oegb.at, **Redaktion** alternative@ug-oegb.at, **Internet** www.ug-oegb.at, **Bankverbindung** (14 000) Kto.Nr. 00 110 228 775, **BIC** BAWAATWW, **IBAN** AT30 1400 0001 1022 8775.

Dass **namentlich gezeichnete** Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers oder der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit **Quellenangabe** gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler.

DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702



In diesem Magazin werden folgende Schriften verwendet:  
Share / Linux Libertine / Linux Biolinum / Sansus



Editorial  
von Renate Vodnek

### Die UG-Vida hat einen neuen Bundesvorstand gewählt

Er besteht aus Bundessprecher Andreas Czipin, Bundessprecher-Stellvertreter Karl Kleinert und Josef Schwent, Kassier Herbert Pipek, seinem Stellvertreter Helfried Suschek und Herbert Orsolits. Ich möchte auf diesem Wege herzlich gratulieren!

Vor kurzem wurden die Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst abgeschlossen. Was dabei herausgekommen ist und wie das Ergebnis zu bewerten ist, analysieren Andi Daniel, Beate Neunteufel-Zechner und Manfred Walter.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien hat auf Initiative der AUGE/UG in einer Resolution ihre Solidarität mit den Menschen in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien / Rojava erklärt. Den Text der Resolution findet ihr in dieser Ausgabe.

Zum Thema Solidarität ein Hinweis auf die Petition #freemülkiye: Seit mehreren Monaten wird die österreichische Pädagogin Mülkiye Laçin in der Türkei festgehalten und darf nicht mehr ausreisen. Alle Infos im Blattinneren.

Es ist wieder soweit: Ich darf auf den beiliegenden Zehlschein hinweisen und bitten, den Abobeitrag für 2020 einzuzahlen!

Hinweis: Das Alternative-Abo kann zu Weihnachten auch verschenkt werden!

**Schöne Feiertage und einen guten Jahreswechsel!**

## **GEWALT GEGEN FRAUEN**

Zwischen dem 15. November und dem 10. Dezember findet die internationale Kampagne „16 Tage gegen Gewalt gegen Frauen“ statt. Diese Zeitspanne umfasst die Tage zwischen dem internationalen Gedenktag für alle Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt wurden und dem internationalen Tag der Menschenrechte.

Gewalt gegen Frauen ist keine Frage der Herkunft, der Region, der Religion, der Einkommensschicht. Es gibt sie überall. Sie ist Ausdruck einer strukturellen Problematik und ein gesamtgesellschaftliches Problem. In Österreich scheint das nicht immer so klar zu sein. Als im Laufe dieses Jahres zwei Männer ihre (Ex-)Frauen umbrachten, wurde von Beziehungs- oder Familiendrama gesprochen. Ein Versuch, diese Morde in die Privatsphäre abzuschieben.

Frauen sind vielfach von Gewalt betroffen. Sei es zu Hause, auf der Straße, am Arbeitsplatz. Frauen erleben immer wieder Situationen voller Gefahr und Angst, eben weil sie Frauen sind. Diese Form der Gewalt ist immer eine Frage der Macht und oft eine der Abhängigkeit. Und die österreichische Politik tut viel dazu, dass es schlechter wird für die Frauen. Sei es durch die Kürzungen von Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstellen, sei es durch die Einführung des Zwölf-Stunden-Tags, durch den Rückbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, durch die Untätigkeit in Fragen des Gender Pay Gaps, der weitgehenden Abschaffung von Frauenpolitik und vieles mehr. Es wird noch schwieriger für Frauen, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu befreien, wenn ihre Abhängigkeit gegenüber dem Partner steigt. Und all die genannten Maßnahmen führen genau dazu.

Es besteht eine lange Tradition, diese Umstände den Frauen anzulasten. Sollen sie halt nicht alleine auf die Straße gehen, nicht provozieren oder einfach fliehen. Dabei ist bekannt, dass ein gewalttätiger Überfall auf eine Frau nicht davon abhängt, was sie trägt. Es ist der Täter, der glaubt, hier ein Recht oder auch nur eine Möglichkeit zu besitzen. Die immer noch vorherrschenden Geschlechterbilder, die Frauen die Häuslichkeit zuschreiben und Männer mit der Außenwelt, der Leistung und den Überstunden identifizieren, tragen ihren nicht unerheblichen Teil dazu bei. Auch hier verschärfen der Ausbau der täglichen Arbeitszeit und der Mangel an Betreuungseinrichtungen die Lage. Männer sind Macher, Frauen sorgen. Denn nach wie vor bleibt die Verantwortung für die Sorgearbeit bei der Frau, was nicht zuletzt am Gender Pay Gap liegt. Es ist logisch, dass zu Hause bleibt, wer weniger verdient, wenn es keine Betreuungsplätze gibt. Damit beginnt eine Abhängigkeitsspirale, die böse enden kann und es oft genug tut.

Das ist nur eine beispielhafte Aufzählung von Gründen und Situationen zum Thema Gewalt gegen Frauen. Natürlich gibt es noch eine Reihe mehr davon. Ein Zitat von Margret Atwood zum Schluss: „Männer haben Angst, dass Frauen über sie lachen. Frauen haben Angst, dass Männer sie umbringen.“

Es gibt noch viel zu tun, 365 Tage im Jahr.





# KURZMELDUNGEN AUS DER ARBEITSWELT

## NEUER VORSTAND DER UG-VIDA



Im Rahmen des Gewerkschaftstags der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida wurde der Bundesvorstand der Unabhängige GewerkschafterInnen (UG-Vida) neu gewählt. Er besteht aus Josef Schwent (Bundessprecher-Stellvertreter), Andreas Czipin (Bundessprecher), Karl Kleinert (Bundessprecher-Stellvertreter), Herbert Pipek als Kassier, Herbert Orsolits und Helfried Suschek als Kassier-Stellvertreter (v.l.n.r.).

Wir gratulieren herzlich!  
Viel Kraft und Ausdauer für die Herausforderungen, die auf euch warten.

## AUGE/UG SALZBURG FORDERT HÖHERES ARBEITSLOSENGELD

Auf jede offene Stelle im Bundesland Salzburg kommen aktuell zwei Arbeitsuchende oder Menschen, die gerade AMS-Schulungen absolvieren. Besonders alarmierend ist die Situation für Personen mit geringer Ausbildung. Laut den Zahlen des AMS waren im September 2019 in Salzburg rund 10.800 Personen arbeitssuchend gemeldet. Rund 4.000 davon konnten als höchsten Bildungsabschluss nur die Pflichtschule vorweisen. Bei FacharbeiterInnen oder AbsolventInnen von berufsbildenden Mittelschulen herrschte unterdessen praktisch Vollbeschäftigung.

Die AUGE/UG Salzburg fordert deshalb mehr Mittel für die Qualifizierung von Arbeitsuchenden sowie ein Recht auf finanzierte Umschulung. Die Stellung von Arbeitsuchenden gegenüber dem AMS würde sich massiv verbessern. Außerdem sollten Arbeitsuchende eine höhere Unterstützung bekommen. In Österreich beträgt die Höhe des Arbeitslosengeldes im Schnitt nur 55 Prozent des letzten Nettolohnes. Im europäischen Schnitt liegt die sogenannte Nettoersatzrate aber bei

70 Prozent. Dafür ist die Bezugsdauer in Österreich teilweise länger als in anderen europäischen Ländern.

Ziel muss sein, Bedingungen zu schaffen, damit Arbeitssuchende rasch wieder Anschluss an den Arbeitsmarkt finden. Sollte das trotz adäquater Maßnahmen nicht möglich sein, ist eine Verlängerung der Bezugsdauer sinnvoll. Dies sei bereits Praxis in einigen EU-Staaten und reduziere den Druck auf Arbeitssuchende erheblich.

Derzeit müssen viele Menschen eine Arbeit annehmen, die eigentlich nicht ihren Qualifikationen entspricht. Einen entsprechenden Antrag für ein höheres Arbeitslosengeld sowie ein Recht auf Umschulungen hat die AUGE/UG bei der letzten Vollversammlung der Salzburger Arbeiterkammer eingebracht.

- **Klaus Brandhuber** ist Landessprecher der AUGE/UG Salzburg

## ÖLI-UG: GEBALLTE FRAUENPOWER IN RADIO ORANGE

Warum Österreichs Schulen eine parteiunabhängige Personalvertretung brauchen, wollte *Radio Orange* wissen. Das radio orange-Programm *RADIO WIDERHALL* lud Uschi Göttl und Gabriele Bogdan zum Gespräch über die parteiunabhängige Österreichischen LehrerInneninitiative (ÖLI-UG) ein.

*"Parteiunabhängige müssen nicht den Plänen einer Regierungspartei folgen! So war das auch bei den 'Deutschförderklassen'. Die schwarze FCG-Fraktion war am Anfang dagegen und ist dann aber stiller und stiller geworden. Warum? Die ÖVP war in der Regierung!"* sagte Gaby Bogdan. *"Parteiunabhängige müssen nicht schweigen oder solche Entscheidungen gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse sogar mittragen."*

*"Die Lehrgewerkschaft ist erstaunlich konservativ. Ob auch die Lehrer\*innen so konservativ sind, ist die Frage,"* so Uschi Göttl. Das Gespräch ist jetzt hier nachzuhören: <https://cba.fro.at/432371> (Radio Widerhall nach dem 12-minütigen "Widerstandsprotokoll").

- **Gaby Bogdan** ist Mandatarin des ZA-APS Wien. **Uschi Göttl** ist Mandatarin der ZA-AHS in Wien. Beide kandidierten in der ÖLI-UG für Personalvertretung und Gewerkschaft öffentlicher Dienst.

# ALTERNATIVEN ZUR PENDLERPAUSCHALE

Am 16. Oktober 2019 referierte Hermann Knoflacher im Rahmen einer AUGE-Steiermark-Veranstaltung im Quartier Leech in Graz vor mehr als 40 TeilnehmerInnen über Alternativen zur Pendlerpauschale. Es folgt hier eine sehr kurze Zusammenfassung der Hauptaussagen des Vortrages.

## Wissenschaftlicher Hintergrund

Hermann Knoflacher ist emeritierter Universitätsprofessor an der TU Wien am Institut für Verkehrswissenschaften und beschäftigt sich vornehmlich mit den negativen Folgen des Individualverkehrs auf die Gesellschaft und die Regionen. Sein Forschungsansatz geht von der Erkenntnis aus, dass der öffentliche Verkehr zwar durchaus Nachteile für das Individuum hat, aber aus gesellschaftlicher Sicht Vorteile bringt, währenddessen der Individualverkehr für den Einzelnen zwar Benefit bringt, für die Gesellschaft im Gesamten aber eindeutig von großem Nachteil ist. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang sein berühmtes „Gehzeug“, mit dem er demonstriert, wieviel Raum der Individualverkehr dem Gemeinwesen raubt.

## Die Zwänge der Mobilität

Die erste Alternative zur Pendlerpauschale wäre natürlich keine Pendlerpauschale. Doch was bewirkt die Pendlerpauschale? Und warum pendeln wir? Zuerst bezeugt der Ortswechsel, dass es am Wohnort einen Mangel gibt, der durch Mobilität ausgeglichen wird. Wir bewegen uns, um jene Bedürfnisse zu befriedigen, die das Heim nicht bietet. Arbeit ist nur ein Faktor, der heute viele dazu zwingt, täglich sehr weite Strecken zurück zu legen. Das war aber nicht immer so.

## Auswirkungen der Pendlerpauschale

Doch was bewirkt die Pendlerpauschale? Grundsätzlich gilt die Pendlerpauschale als Teil der Werbungskosten und kann daher abgesetzt werden. Sie fördert damit indirekt das Pendeln. Zusätzlich lassen die günstigeren Wohnkosten abseits der Ballungszentren die ArbeitnehmerInnen dorthin abwandern. Die Distanzen werden immer größer, die Geschwindigkeitserhöhung kann das nicht ausgleichen. Mensch ist somit täglich immer länger unterwegs. Der Verkehr nimmt zu, die allgemeine Durchschnittsgeschwindigkeit dadurch aber eben nicht. Es entsteht kein Zeitgewinn.

## Arten der Mobilität

Wir können drei Arten von Mobilität unterscheiden: die physische, die soziale und die geistige Mobilität. Alle drei beeinflussen einander. Obwohl die Anzahl



Foto Stefanie Hintersteiner

der Wege pro Tag und Person annähernd konstant bleibt, nimmt der motorisierte Verkehr zu und der nichtmotorisierte sowie der öffentliche Verkehr ab. Es geht also um eine Verhaltensänderung bzw. um eine Einstellungsänderung. Es zeigt sich jedenfalls, dass trotz der Erhöhung der Geschwindigkeiten keine Zeit übrig bleibt. Es ergibt sich keine Einsparung von Zeit!

## Trennung der Lebensbereiche

Das Pendeln ist also eine Folge der Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort. Weitere Folgen dieser Entwicklung sind die wirtschaftlichen Konzentrationen, die Zersiedelung unserer Landschaft, Sozialisierung der Mobilitätskosten (d.h. die enormen Mehrkosten für die gesteigerte Mobilität werden von der Gesellschaft und nicht vom Individuum getragen), Missachtung des Verursacherprinzips, Belastungen für die Umwelt u.v.m. Die Ursachen liegen in den Wirtschaftsbedingungen, den Finanzregelungen, der Raumordnungspraxis, der Verkehrspolitik und den gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel dem Finanzausgleich für Gemeinden.



Auch der „abgestufte Bevölkerungsschlüssel“, der noch aus der Nachkriegszeit stammt, wirkt verstärkend auf diese negativen Entwicklungen, da er größere Gemeinden deutlich bevorzugt, weil sie pro Kopf mehr Mittel bekommen. Das führt zwangsläufig zu Konzentrationen in den Ballungszentren und zum Verlust an Infrastruktur in den ländlichen Regionen.

### Höchste Zeit für Änderungen

Doch wo können wir ansetzen? Es geht um eine grundlegende Änderung unserer Lebensformen mit Weitsicht und Mut. Das erfordert aber auch eine Änderung der Gesetze, der Finanzen und der Machtverhältnisse. Und wir haben nicht mehr viel Zeit...

Die gute Nachricht: Das Pendeln ist kein Naturgesetz, der Verkehr kein Schicksal. Es handelt sich um ein künstliches System, das wir ändern können. Wir brauchen neue Strukturen, die mit einer Entschleunigung einhergehen. Das Ziel sind zukunftsfähige Orte mit mehr Arbeitsplätzen und Infrastrukturen in der Nähe sowie mehr Freiheiten für die Beschäftigten!

• **Wilhelm Richard Baier**, AUUGE/UG Steiermark.



Wilhelm Richard Baier studierte Biologie, Medienkunde, Philosophie und Linguistik in Graz. Seit 1993 ist er pädagogischer Mitarbeiter der Grazer URANIA und hier vor allem mit der naturwissenschaftlich ausgerichteten Bildungsarbeit betraut. Außerdem organisiert und betreut er die URANIA-Lehrgänge (z.B. das Nachholen von Bildungsabschlüssen) sowie die URANIA-Vorträge. Seit 1999 ist er Obmann des von ihm im selben Jahr gegründeten Chores der URANIA. 2012 wurde er von der österreichischen Weiterbildungsakademie offiziell als Erwachsenenbildner akkreditiert.

## Der Klimawandel ist wirklich zum Heulen...

Unser umfangreiches Druckangebot orientiert sich an den umweltschonendsten Standards und besticht durch Qualität und persönliche Beratung. Überzeugen Sie sich selbst – bei einem köstlichen Frühstück in unserem Haus. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!



**Donau Forum Druck**  
Ges.m.b.H.

Donau Forum Druck Ges.m.b.H.  
Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien  
Tel.: +43 (0)1 804 52 55, office@dfd.co.at  
www.dfd.co.at

...daher sind wir um Lösungen bemüht





Klimaneutral Drucken  
powered by ClimatePartner®

EU-Ecolabel: AT/28/026



## EINE NEUE KRAFT AN DER SPITZE DER UNABHÄNGIGEN – VERA KOLLER

Vera Koller ist bei der letzten Konferenz der Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) zur neuen Vorsitzenden gewählt worden. Wir haben sie gefragt, welche Akzente die UG in den nächsten Jahren setzen soll und wo sie ihr Engagement besonders einbringen will.

### Du bist zur neuen UG Vorsitzenden gewählt worden, herzliche Gratulation! Kannst du uns bitte etwas zu deiner Person sagen?

Ich bin Juristin, seit über 10 Jahren in der Gewerkschaft der Privatangestellten beschäftigt, Auge/UG Fraktionssekretärin in der GPA-djp und seit einiger Zeit Mitglied im AUGE/UG Wien Landesvorstand und Arbeiterkammerrätin. Nebenbei moderiere ich leidenschaftlich Klausuren, mache Teamentwicklungen, Schulungen und meine Freizeit verbringe ich gerne mit meiner Familie und beackere meinen Garten.

### Was hat dich motiviert für diese Funktion zu kandidieren?

Nach meiner langjährigen Tätigkeit im Rechtschutz der GPA-djp war es an der Zeit sich einer neuen Herausforderung zu stellen.

Ich bin fest von der notwendigen Unabhängigkeit der Gewerkschaftsarbeit überzeugt. Es war mir immer ein Anliegen innerhalb der unabhängigen GewerkschafterInnen zusammenzuwachsen und durch eine breite Aufstellung und Aufteilung der Funktionen an Stärke und gemeinsamer Durchsetzungskraft zu gewinnen. Gerade in der noch immer männerdominierten Gewerkschaftslandschaft finde ich es auch extrem wichtig einen weiblichen Vorstand zu haben. Mit großartigen MitstreiterInnen der UG ist es möglich eine starke alternative Stimme in den Betrieben, im ÖGB und der AK zu sein und ich freue mich auf diese neue Herausforderung.

### Was siehst du als Schwerpunkte der UG für die nächste Zeit bzw. als deine Schwerpunkte in der UG?

Es braucht ein Mehr als unkonkret formulierte Maßnahmen in der Klimapolitik: Die Reparatur

des 12-Studenttags bzw. der 60-Stundenwoche in der Arbeitszeitpolitik, eine schrittweise Erhöhung der Mindestgehälter in den Kollektivverträgen, in der Armutsbekämpfung. Es braucht eine echte Ökologisierung des Steuersystems sowie eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sowie eine kräftige Aufwertung klassischer Frauenbranchen durch schnelle Anhebung der Mindestgehälter und besserer Vordienstzeitenanrechnungen.

### Was ist für dich das Besondere / Einzigartige an der UG?

Die Vielfältigkeit der handelnden Personen und eine aus Überzeugung parteiunabhängige Gewerkschaftsarbeit.

### Wieso sollen Menschen bei den Unabhängigen GewerkschafterInnen (bzw. den zugehörigen Säulen AUGE/UG, KIV/UG, UGÖD, UG PF und Ugvida) aktiv werden?

Die unabhängigen GewerkschafterInnen stehen für engagierte, mutige, alternative Gewerkschaftsarbeit. Wir haben ein umfassendes Programm mit etlichen Forderungen die ein Mehr wollen als den Status Quo zu verteidigen. Wir trauen uns!

Um unsere Themen wie eine Ökologisierung des Steuersystems, eine Demokratisierung der Betriebe, Klimaschutz ohne „Wenn und Aber“ und viele mehr voranzutreiben, brauchen wir MitstreiterInnen, denen es genauso ein Anliegen ist, sich für eine echte unabhängige Gewerkschaftsarbeit einzusetzen und stark zu machen.

# LEHRERINNEN APP

## EVALUIEREN IST NICHT BEWERTEN MIT 5 STERNEN

**Wir von der Österreichischen Lehrer\*innen Initiative (ÖLI-UG), nehmen als Personalvertretung und Unabhängige Gewerkschafter\*innen zur Ankündigung einer neuen App zur Bewertung von Lehrpersonen durch Schüler und Schülerinnen folgendermaßen Stellung:<sup>1</sup>**

### **Evaluieren ist nicht Bewerten mit 5 Sternen!**

Eine öffentliche Bewertungs-APP kann den Anspruch von Evaluierung nicht erfüllen. Einerseits werden die Personenrechte auf Datenschutz nicht gewahrt, andererseits wird vor allem jenen Raum gegeben, die aus wenig sachlichen Gründen mit dem Unterrichtsgeschehen unzufrieden sind. Eine gute Feedback-Erhebung bezieht alle am Unterrichtsgeschehen Beteiligten in die Evaluierung mit ein, was diese APP eben gerade nicht macht.

Es ist Realität, dass wir als Lehrpersonen es nie allen Schülern und Schülerinnen gleich recht machen können, auch wenn wir uns noch so sehr anstrengen. Dies ist ein pädagogisches Dilemma. Was von der Mehrheit gut angenommen wird, kann der Einzelne eben als wirklich schlecht empfinden.

Diese Bewertungs-APP gibt dem Einzelnen unglaublich viel Macht und wird à la longue dazu führen, dass der Antrieb, es allen recht zu machen, und die Angst vor öffentlicher Bloßstellung unsere Art des Unterrichtens, unsere Objektivität und Motivation negativ beeinflussen.

Zum Gelingen eines positiven Unterrichtsgeschehen müssen immer beide Seiten gemeinsam beitragen, die Lehrpersonen und die Schüler und Schülerinnen. Organisiertes Lehrer\*innen-Bashing hilft da nicht und wird sich als kontraproduktiv erweisen!

Wir lehnen also die APP ab, erstens weil die Bewertung im Öffentlichen Raum stattfindet und zweitens wir den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Schüler und Schülerinnen, aber auch der betreffenden Lehrpersonen nicht gewährleisten sehen. Wir werden die Rechte der Betroffenen nach der DSGVO und dem DSG einfordern. Falls hier Fehler gemacht werden, werden wir das Recht auf Vergessen einfordern und zum Löschen aller Betroffenen Daten gemäß Art. 17 DSGVO auffordern.

Wir wissen, dass das Internet nicht vergisst, insofern betrachten wir die öffentliche Bewertung von Menschen als sehr bedenklich.

Wir haben die Befürchtung, dass die APP einem Lehr\*innen-Bashing Raum gibt, da mit ihr eine repräsentative Unterrichtsevaluation kaum möglich sein wird. Ein schlechtes Rating und eine unbedarfte Äußerung wird per Klick schnell abgesetzt. Wir sind uns deshalb auch sicher, dass es vorkommen wird, dass eine Einzelbewertung von betroffenen Lehrpersonen als zutiefst verletzend und als „üble Nachrede“ empfunden werden wird.

Anzeigen nach § 111 StGB sind deshalb zu erwarten. Wir als Personalvertretung werden dann darauf drängen, dass nicht nur der Schüler/die Schülerin, also diejenigen, die bewerten, sondern auch jene, die diese Bewertung (und Grenzüberschreitung) überhaupt erst ermöglichen und vielleicht auch bewusst in Kauf nehmen, angezeigt werden. Das Strafgesetzbuch kennt auch den § 12, also jenen der Mittäterschaft.

### **Es geht um den Menschen!**

Grundsätzlich lehnen wir eine Evaluierung des Unterrichts keineswegs ab. Wir glauben, dass Feedbackprozesse sinnvoll und wünschenswert sind. Es benötigt hierfür professionelle Instrumente, die die Anonymität der Feedbackgeber\*innen und auch der -nehmer\*innen gewährleisten, aber am besten im Rahmen eines echten Schulqualitätsmanagements und unter Einbeziehung der Personalvertretung, schließlich geht es hier um die Bewertung von Menschen und nicht von Dingen.

<sup>1</sup>Stand: 12.11.20. Die App ist zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht mehr online, soll aber angeblich noch im November wieder aktiv gestellt werden.

- Österreichischen Lehrer\*innen (ÖLI-UG)  
*DI Hannes Grünbichler*

Wir weisen darauf hin, dass z.B. auf [qibb.at](http://qibb.at) (Qualität im berufsbildenden Schulwesen) und [sqa.at](http://sqa.at) (Schulqualitätsmanagement Allgemeinbildung) seit Jahren Feedbackinstrumente für Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Schulleitungen zur Verfügung stehen, die auch häufig genutzt werden.



# GÖD-GEHALTSVERHANDLUNGEN: ERGEBNIS NIEDRIGER ALS 2018

Das aktuelle Ergebnis der Gehaltsverhandlungen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) für die KollegInnen im öffentlichen Dienst:

Die Gehälter werden ab 1. Jänner 2020 um 3,05 Prozent bis 2,25 Prozent erhöht, die Erhöhung der Zulagen beträgt lediglich 2,3 Prozent. Das Verhandlungsergebnis wurde am 20.11.2019 erzielt und noch nicht vom Nationalrat abgesegnet.

## Wochen-Warenkorb: 5,5 Prozent Teuerung

Offizielle Zahlen der Statistik Austria zeigen, dass die erzielte Gehaltssteigerung für viele KollegInnen nicht zur Stärkung ihrer Kaufkraft ausreichen wird.

Für NiedrigverdienerInnen ist nämlich nicht die Inflationsrate von 1,7 Prozent entscheidend, sondern der „Miniwarenkorb“, der statistische Wocheneinkauf. Und dieser wurde im Lauf des vergangenen Jahres empfindlich teurer. Die Preise des wöchentlichen Einkaufs von Nahrungsmitteln, Dienstleistungen und Treibstoffen stiegen seit 2018 im Jahresabstand um satte 5,5 Prozent. Auch die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie und Verkehr sind seit 2018 stark gestiegen, wie die Statistik Austria belegt.

## Spürbarer Kaufkraftverlust

Dass es im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für die Republik Österreich zu keinem berauschenden Gehaltsabschluss für 2020 kommen wird, wenn Beamtenregierung und Beamtengewerkschaft miteinander verhandeln müssen, war den meisten öffentlich Bediensteten bewusst.

Eine erste persönliche Reaktion: „50 Euro brutto mehr im Jänner 2020 - darüber freuen sich: mein Vermieter und der Stromanbieter. Damit bleibt mein Geldbörserl, in dem es doch rascheln sollte, leicht und leer,“ sagt Manfred Walter, Vorsitzender der Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Der zitierte Kollege wird auch die gestiegenen Wasser- und Verkehrskosten selbst tragen müssen. Denn die jährliche Teuerung bei den Infrastruktur- und Energiekosten gleicht der soeben erzielte Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst auch nicht aus.

## UGÖD-Forderungen wurden nicht umgesetzt

**UGÖD forderte 3 Prozent plus mindestens 100€ UND ein Ende des Aufnahmestopps!**

Unsere Vorschläge für Forderungen wurden von der GÖD auch dieses Jahr nicht mit uns als 3. Fraktion in der GÖD im Sinne eines demokratischen Umganges besprochen.

Dass Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst schon länger auf Sparflamme leben müssen, wirkt sich auf den österreichischen Markt langfristig nicht positiv aus.

Viele von uns bleiben wegen des gestiegenen Arbeitsdrucks und wegen des durch Sparpakete herbeigeführten Personalmangels oft länger im Dienst, als sie müssten. „Der eine Aspekt dabei ist die Identifikation mit den Aufgaben und mit dem Team. Ein anderer Aspekt ist wohl auch der, dass dann weniger Zeit bleibt, in der Geld ausgegeben werden könnte,“ hört Beate Neunteufel-Zechner, Vorsitzende der Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst (UGÖD) von KollegInnen immer öfter.

In einem abschließenden Interview äußerte der Finanzminister den unberechtigten Vorwurf, dass öffentlich Bedienstete noch immer nicht ausreichend mobil und flexibel seien.

Wir öffentlich Bediensteten sind im Dauereinsatz zum Ausbau und Erhalt der österreichischen Infrastruktur, wir erbringen die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung und stehen im Einsatz für Information und Aufklärung der BürgerInnen. Wir arbeiten in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Pflege, Bildung und Kultur, Wissenschaft und Forschung, Lehre und Schule, Umwelt- und Landschaftspflege, Verkehr und Sicherheit. Unsere Aufgaben sind vielfältig und unsere Leistungen tragen zum wirtschaftlichen Erfolg Österreichs bei. Daher fordern wir angemessene Gehaltserhöhungen, die uns eine Teilhabe am Wohlstand des Landes ermöglichen.

•  
**Beate Neunteufel-Zechner, Manfred Walter und Andi Daniel**



## FORDERUNGEN DER UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTERINNEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Die Gehaltsverhandlungen sind abgeschlossen, unsere Forderungen wurden dabei nicht umgesetzt. Auch dieses Jahr hat die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) nicht mit uns als dritter Fraktion in der GÖD unsere Vorschläge im Sinne eines demokratischen Umganges besprochen.

### UGÖD forderte plus 3 Prozent Gehaltserhöhung, mindestens 100 € und ein Ende des Aufnahmestopps

Die Abgeltung der Inflation mit 1,7 Prozent wurde bereits nach drei Verhandlungen von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und Younion mit dem Finanzminister Dipl.-Kfm. Eduard Müller außer Streit gestellt. Weitergehende gewerkschaftliche Verhandlungsziele waren auch dieses Mal in der GÖD und ihren Bundesvertretungen kein Beratungs- und Mitbestimmungsthema.

Das Durchsetzen einer Kaufkrafterhöhung und ein Mindestbetrag zur stärkeren Anhebung niedriger und mittlerer Einkommen, wie sie für die Arbeiter\*innen und Angestellten der metallverarbeitenden Industrie erreicht wurden, brauchen laufende Information und gegebenenfalls die Mobilisierung der Kolleg\*innen zur Stärkung der Verhandlungsposition der Gewerkschaft gegenüber dem Dienstgeber, der den „Sachzwang“ restriktiver Budgets und einer weiteren Senkung von Personalkosten durchsetzen will.

Die zu Verhandlungsbeginn geforderte Kaufkrafterhöhung muss deutlich über der Inflationsrate liegen. Die WKO-Statistik prognostiziert für 2019 ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Der von der Statistik Austria erhobene Mikrowarenkorb erhöhte sich im Jahresabstand um 2,4 Prozent. Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf von Nahrungsmitteln, Dienstleistungen und Treibstoffen abbildet, stieg im Jahresabstand sogar um 5,5 Prozent. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie und Verkehr sind übers Jahr

gestiegen, das bestätigt ebenfalls die Statistik Austria.

Die GÖD- und Younion-Verhandler\*innen unter Führung ihrer Vorsitzenden Dr. Norbert Schnedl und Ing. Christian Meidlinger verhandeln wie 2017 während Regierungsverhandlungen – dieses Mal der Türkisen mit den Grünen.

### UGÖD für konkrete Verhandlungsziele, Information der Kolleg\*innen und Vorbereitung gewerkschaftlicher Maßnahmen

Mit einem angemessenen Gehaltsabschluss für alle betroffenen Kolleg\*innen ist auch die Forderung nach mehr Personal in Bundes- und Landesdienststellen durchzusetzen. Sparzwang durch neoliberale Austeritätspolitik, Abbau von Planstellen durch einen Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst und falsch bewertete Auswirkungen von Digitalisierung der öffentlich zu erbringenden Dienstleistungen in Bürger\*innennähe bringen seit mehr als einem Jahrzehnt Bedienstete von Bund und Länder unter einen stark steigenden Arbeitsdruck.

Die aktuelle Bundesregierung hat zahlreiche Mitglieder, denen die prekäre Situation des öffentlichen Dienstes in Österreich aus eigener Erfahrung bekannt ist. Ihre dringenden Appelle an die Öffentlichkeit müssen Berücksichtigung finden.

Wir Unabhängigen Gewerkschafter\*innen fordern und erwarten die im Statut vorgeschriebene Einberufung der GÖD-Bundeskonferenz zur Beratung und Beschlussfassung über Verhandlungsergebnisse, über eine Zustimmung zum Gehaltsabschluss oder eine Ablehnung und zumindest die gemeinsame Planung zur Durchführung von Kampfmaßnahmen.

• **Beate Neunteufel-Zechner und Manfred Walter**



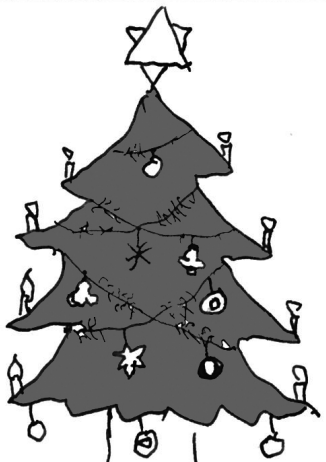
### Autorinnen

**Beate Neunteufel-Zechner** ist Vorsitzende der UGÖD

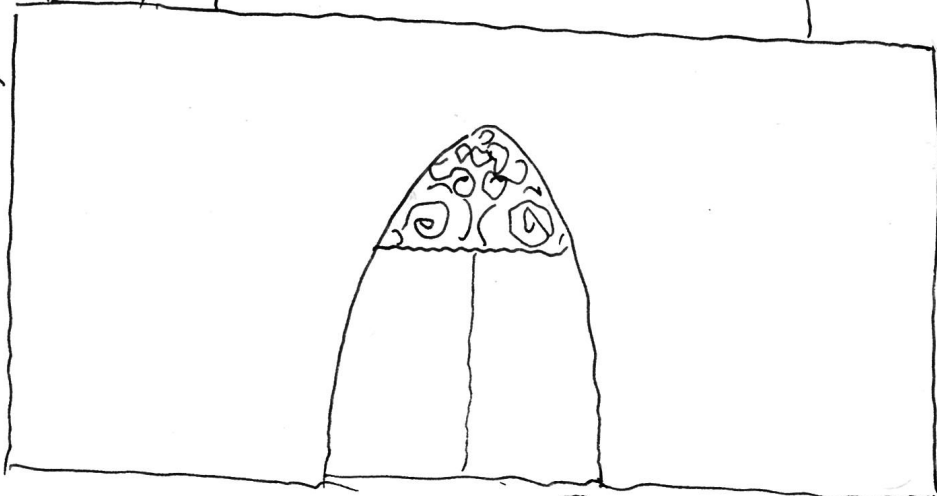
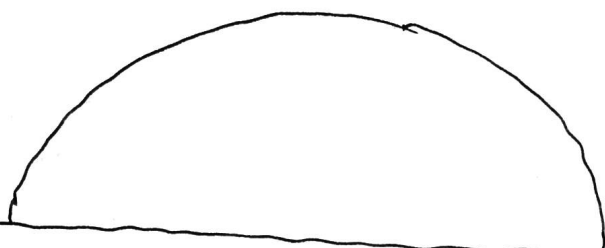
**Manfred Walter** ist Vorsitzender der UGÖD

**Andreas Daniel** ist UGÖD Mediensekretär

WEIHNACHTEN IN  
DER FREMDE



WER  
WAR  
DAS?



# WEIHNACHTEN

## BESINNLICHE WEIHNACHTEN



## MODERNE WEIHNACHTEN



## PFLEGEFALL PFLEGE

Justiz, Polizei, Bundesheer – und allmählich auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen – die Pflege. Alles Bereiche, in denen der Fachkräftemangel immer mehr zu einem strukturellen Problem wird. Im Unterschied zu den drei erstgenannten Bereichen ist der Ruf nach einer ausreichenden Finanzierung im Bereich der Pflege sehr verhalten. Dabei sind die Zahlen der Statistik Austria durchaus dramatisch. Sie sprechen von 9000 fehlenden Pflegekräften allein in Wien. Bis 2030 fehlen 24000 Pflegekräfte.

Die Ursachen für diese Situation sind zum einen die demographische Entwicklung, zum anderen gibt es immer weniger pflegende Angehörige. Aber auch pflegeinterne Probleme befeuern den Fachkräftemangel im Pflegebereich: Das bekannte Missverhältnis zwischen Verantwortung und Entlohnung, extreme Arbeitsverdichtungen, die gute Pflege zu einem täglichen Kraftakt werden lassen und auch ein

öffentliches Bild von Pflege, das für junge Menschen wenig anziehend ist – Stichwort „PflegerIn mit Herz“.

### Politischer Willen gefragt

Um diese Situation nachhaltig zu verbessern, braucht es vor allem eines – Einen klaren politischen Willen!

Es braucht ein Bündel an Maßnahmen, um einen Turnaround zu erreichen: Eine bundeseinheitliche Personalbedarfsberechnung, die quantitative und qualitative Kriterien berücksichtigt, eine den Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich entsprechende, adäquate Entlohnung statt eines Downgradings von Berufsgruppen, mehr Mitsprache des Pflegepersonals bei der Entwicklung von alternativen Versorgungsmöglichkeiten, eine steuerfinanzierte Aufstockung des Pflegefonds (Stichwort Erbschaftsteuer) und sichere Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen. Zu guten Arbeitsbedingungen würde

gehören, dass Pflegepersonen in ihrer Professionalität ernst genommen werden und ihre Tätigkeit eigenverantwortlich gestalten können. Dazu braucht es jedenfalls ausreichende personelle Ressourcen, die nicht aus jedem Urlaub oder Krankenstand einer KollegIn zum Krisenmodus für ein gesamtes Team führen. Es braucht aber auch Konzepte für jene KollegInnen, die im höheren Lebensalter gesundheitsbedingte Einschränkungen haben.

Die Politik muss die Pflege endlich zu einem Kernthema ihres Handelns machen. Ob sie das erkennt und entsprechend handelt, wird die Lebensqualität einer ganzen Gesellschaft beeinflussen.

- **Sonja Müllner**, Dipl. Gesundheits- und Krankenschwester, Betriebsratsvorsitzende in der Wiener Pflege und Betreuungsdienste GmbH des FSW und Zentralbetriebsrätin im FSW, KIV/UG, Arbeiterkammerrätin der AUG/UG-Wien

## PFLEGEPERSONAL: DAS P-SCHEMA IST DA

**Seit August befinden sich alle Pflegepersonen im P-Schema und das gewohnte K-Schema ist für die Pflegepersonen Geschichte.**

Warum auch immer, wurden die Einreihungen geändert: Wer in K1 war (PflegedirektorInnen) ist jetzt in P6 und umgekehrt – die PflegeassistentInnen aus K6 sind jetzt in P1 zu finden. Aber unabhängig davon sind die Einreihungen der Gehaltsstufen natürlich gleich geblieben. Daraus ergibt sich auch, dass der gehobene Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege (Diplom und Bachelor) an der Basis von ehemals K4 nach P3 verschoben wurde.

### Abrechnung vom P-Schema

Einhergehend mit der Umbenennung ist auch eine Gehaltserhöhung:

Auf das Bruttogehalt von allen Pflegepersonen des K-Schemas werden € 263,30 hinzugerechnet. Davon sind € 172,- die aktuelle Gehaltserhöhung für das Pflegepersonal und € 91,30 das Leistungsentgelt, das von der Zulagenseite zur Gehaltsseite gerechnet wurde. Die Zulage von € 106,52 wurde für diesen Zeitraum auch wieder abgezogen.

Die Auszahlung wurde rückwirkend ab 1.1.2019 vorgenommen.

Nachgezahlt werden musste die Erhöhung von:

- Gehalt
- Urlaubsgeld
- Überstunden auch der Überstunden-satz hat sich damit erhöht
- Wochengeld im Mutterschutz
- Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld
- Jubiläumsgeld  
wenn es in diesen Zeitraum gefallen ist
- Pension  
wenn diese in diesen Zeitraum gefallen ist
- Abfertigung bei Pensionsantritt der Vertragsbediensteten
- Treuegeld bei Pensionsantritt von BeamtInnen



## WIENER BEDIENSTETENGESETZ: DIE OPTIERUNG KOMMT

### Großer Erfolg für uns, großer Erfolg für euch!

Es zahlt sich aus, am Ball zu bleiben: Bei der Eröffnung der 1. Wiener Landeskonferenz der younion\_Die Daseinsgewerkschaft am 9. Oktober 2019 hat der Vorsitzende der younion, Christian Meidlinger bekanntgegeben, dass der Umstieg in die neue Besoldungsordnung nach Wiener Bedienstetengesetz ab 1. Jänner 2020 möglich sein wird.

Altbedienstete sollen dadurch in absoluter Rechtssicherheit in das neue Gehaltsschema (neues Bedienstetengesetz) wechseln können.

Bürgermeister Michael Ludwig: „Die Zeit der Evaluierung ist vorbei und wir wollen den geforderten Umstieg in das neue Bedienstetengesetz ermöglichen. Weiters werden wir die Lösung für die Vordienstzeiten, die der Bund für seine Beschäftigten getroffen hat, soweit wie möglich auch für die Wiener Gemeindebediensteten übernehmen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass das auch für unsere

*Bediensteten im Ruhestand zu gelten hat. Wir werden eine gute Lösung für 65.000 betroffene KollegInnen beschließen.“*

Voraussetzung bei der Umsetzung ist auf jeden Fall die absolute Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen. Es muss sichergestellt sein, dass der Umstieg in das neue System den aktuellen Erkenntnissen und Urteilen der EU entspricht.

### Druck der KIV/UG entscheidend

Damit ist eine Forderung der KIV/UG, die für viele KollegInnen eine deutliche Verbesserung des Gehalts bedeutet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach der vereinbarten zweijährigen Evaluierung umgesetzt.

Die KIV/UG hat die Optierungsmöglichkeit seit Einführung der Besoldung Neu vehement eingefordert und ist am Ball geblieben. Diese neu geschaffene Umstiegsmöglichkeit wird in vielen Bereichen für mehr Fairness bei der Bezahlung sorgen.

### Auf die Plätze, fertig, los

Bevor du dich jedoch für eine Optierung entscheidest, ist ein Beratungsgespräch mit deiner Personalvertretung sinnvoll, denn nicht für alle bedeutet eine Optierung einen Vorteil. Die KIV/UG hilft dir gerne weiter. Ruf an und vereinbare einen Termin für ein Gespräch unter 4000/838 67.

•  
KIV-Redaktion

## UNDOK-BROSCHÜRE „ARBEITEN OHNE PAPIERE, ABER NICHT OHNE RECHTE“

Rechtzeitig zum 5. Geburtstag von UNDOK, der Anlaufstelle für undokumentiert Arbeitende, ist die neue überarbeitete Broschüre „Arbeiten ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte“ fertig geworden.

Das ist gut und wichtig. Noch immer wissen viele nicht, dass Menschen, die ohne Papiere arbeiten müssen, das Anrecht auf gleiches Entgelt, auf Krankenversicherung, auf Urlaub und vieles mehr haben. Noch immer profitieren Arbeitgeber\_innen von kurzen Verfallsfristen der Ansprüche, von Angst und Unwissen.

Noch immer kann es eine Gefahr für den Aufenthalt bedeuten, diese Ausbeutung sichtbar zu machen und die rechtmäßigen Ansprüche einzufordern.



Umso wichtiger ist es, dass wir dieses Wissen verbreiten, dass es gute und parteiische Beratung gibt, dass wir für unsere Kolleg\_innen ohne Zugang zum Arbeitsmarkt weiterkämpfen.

Auf euch, UNDOK und danke für eure Kraft und eure Beharrlichkeit.

Damit auch die Bitte an alle aktiven KollegInnen, diese Informationen auch an die KollegInnen der Pflege weitergeben, die im Zeitraum 1.1.19 – 1.9.19 eine Elternkarenz oder Pension angetreten haben oder das Dienstverhältnis aufgelöst haben.

**Wenn du Unterstützung brauchst bei der Nachberechnung der Gehaltszettel, bzw. glaubst, dass eine Berechnung nicht berücksichtigt wurde, wende dich an deine Personalvertretung.**

•  
**Silvia Tauchner**, Smz Süd, KIV/UG Personalvertreterin

Die Broschüre ist kostenlos bei der AK Wien erhältlich.  
E-Mail [bestellservice@akwien.at](mailto:bestellservice@akwien.at) / Bestelltelefon (01) 501 65 1401



## DER DUFT VON VERÄNDERUNG

Bei Douglas Österreich wurden im Sommer drei Mitarbeiterinnen freigestellt und gekündigt, weil sie einen Betriebsrat gründen wollten. Gemeinsam mit der Gewerkschaft klagen Sabrina E., Emilija S. und eine weitere Kollegin jetzt den Parfümeriekonzern wegen rechtswidriger Kündigung. Inzwischen hat sich auch der deutsche Betriebsrat eingeschaltet und die GPA-djp hat alle österreichischen MitarbeiterInnen befragt.

Von den rund 400 Beschäftigten bei Douglas haben bislang mehr als ein Viertel die ausgefüllte Umfrage der Gewerkschaft zurückgeschickt. Der Tenor ist klar: Die Beschäftigten im Parfümerieriesen wollen Veränderung. 89 Prozent sprechen sich für einen Betriebsrat aus. Die Angestellten liefern die Begründung gleich mit:

84 Prozent beklagen einen Personalmangel bei Douglas, fast jeder Zweite berichtet, keine Zuschläge für Mehr- und Überstunden zu bekommen. Jede Dritte bekommt ihren Dienstplan nicht rechtzeitig. 19 Prozent geben sogar an, dass die aufgezzeichneten und die tatsächlich geleisteten Stunden nicht übereinstimmen.

Dass 26 Prozent bereits auf die Gewerkschaftsfragen geantwortet haben, zeigt den hohen Handlungsbedarf. Denn die Geschäftsführung hat in einem Brief an die MitarbeiterInnen durchklingen lassen, was sie von gewerkschaftlichen Aktivitäten in ihrem Unternehmen hält.

Überhaupt herrscht laut Berichten von Beschäftigten ein rauer Umgangston, wenn es um das Thema betriebliche Mitbestimmung geht.

Die GPA-djp steht jedenfalls weiter auf der Seite der Beschäftigten und arbeitet weiter an der Gründung eines Betriebsrats im Unternehmen. Am 26. November findet außerdem der nächste Verhandlungstermin vor Gericht für die gekündigten Kolleginnen statt.

Unterdessen hat der Gesamtbetriebsrat von Douglas Deutschland gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di Handel eine Resolution beschlossen, in der sie sich voll mit den österreichischen Kolleginnen solidarisieren. Hier die Resolution im Wortlaut:



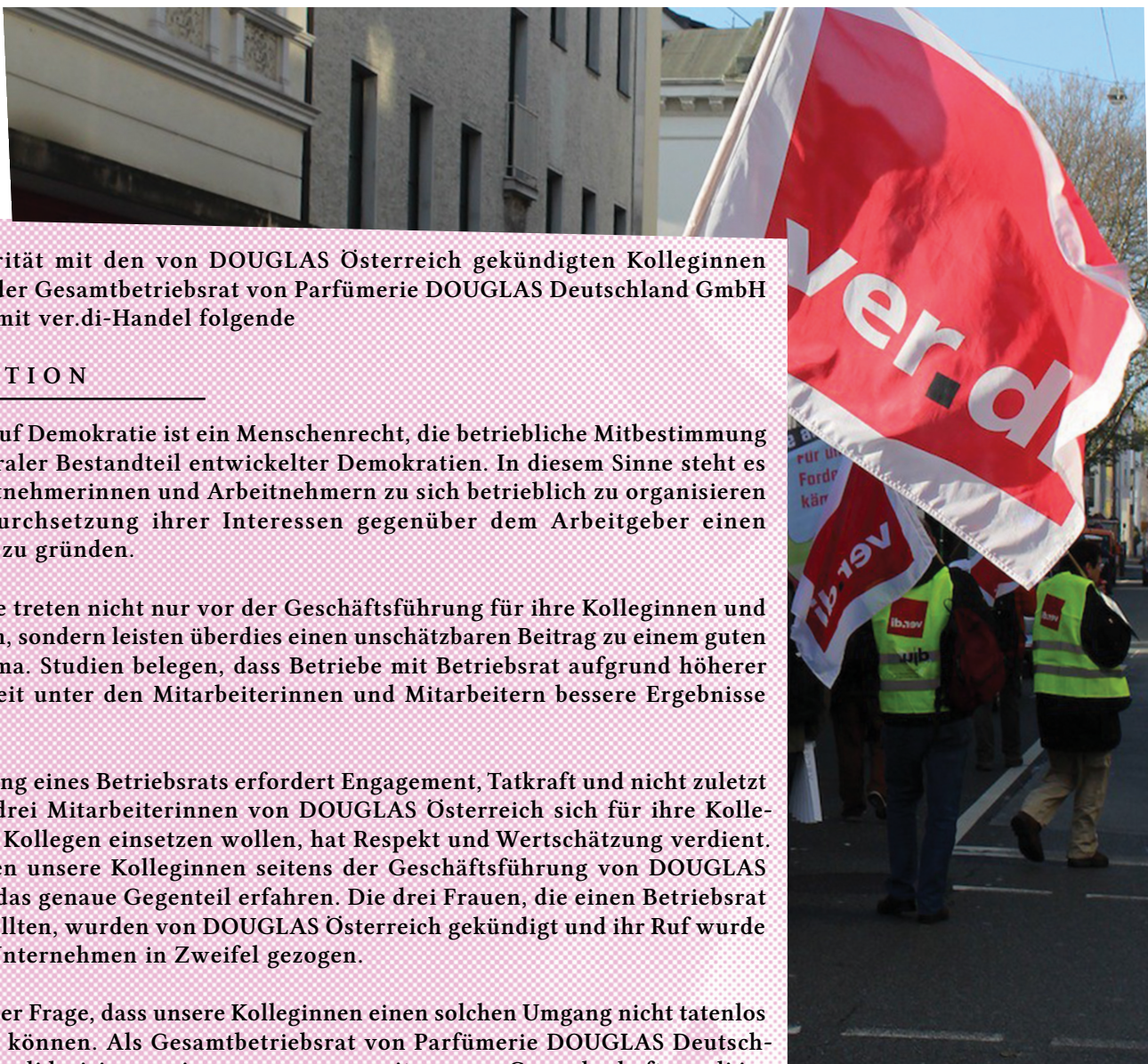


Foto Stephan Otten

Aus Solidarität mit den von DOUGLAS Österreich gekündigten Kolleginnen beschließt der Gesamtbetriebsrat von Parfümerie DOUGLAS Deutschland GmbH zusammen mit ver.di-Handel folgende

## RESOLUTION

Das Recht auf Demokratie ist ein Menschenrecht, die betriebliche Mitbestimmung ist ein zentraler Bestandteil entwickelter Demokratien. In diesem Sinne steht es allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sich betrieblich zu organisieren und zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber dem Arbeitgeber einen Betriebsrat zu gründen.

Betriebsräte treten nicht nur vor der Geschäftsführung für ihre Kolleginnen und Kollegen ein, sondern leisten überdies einen unschätzbaren Beitrag zu einem guten Betriebsklima. Studien belegen, dass Betriebe mit Betriebsrat aufgrund höherer Zufriedenheit unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bessere Ergebnisse erzielen.

Die Gründung eines Betriebsrats erfordert Engagement, Tatkraft und nicht zuletzt Mut. Dass drei Mitarbeiterinnen von DOUGLAS Österreich sich für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen wollen, hat Respekt und Wertschätzung verdient. Leider haben unsere Kolleginnen seitens der Geschäftsführung von DOUGLAS Österreich das genaue Gegenteil erfahren. Die drei Frauen, die einen Betriebsrat gründen wollten, wurden von DOUGLAS Österreich gekündigt und ihr Ruf wurde durch das Unternehmen in Zweifel gezogen.

Es steht außer Frage, dass unsere Kolleginnen einen solchen Umgang nicht tatenlos akzeptieren können. Als Gesamtbetriebsrat von Parfümerie DOUGLAS Deutschland GmbH solidarisieren wir uns zusammen mit unserer Gewerkschaft ver.di im Handel umfassend und uneingeschränkt mit unseren betroffenen Kolleginnen in Österreich und unterstützen ihren juristischen Kampf um Gerechtigkeit und für eine betriebliche Vertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von DOUGLAS Österreich.

Von der Geschäftsführung von Douglas in Deutschland erwarten wir, dass sie umgehend alles Notwendige in die Wege leitet, damit die Kündigungen gegen unsere Kolleginnen in Österreich sofort zurückgenommen werden.

Demokratie darf nicht am Personaleingang enden; auch nicht bei Douglas!

Düsseldorf, 14. November 2019

Für den Gesamtbetriebsrat von Parfümerie DOUGLAS Deutschland GmbH:  
Ulrike Gaal (Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates)

Für die Gewerkschaft ver.di-Handel:  
Orhan Akman (Bundesfachgruppenleiter Einzel- und Versandhandel)

## Zum Unternehmen

Douglas ist eine international tätige Parfümerie-Filialkette und ist mit mehr als 2.400 Parfümerien in 21 Ländern und einem Umsatz von rund 3,3 Milliarden Euro (Geschäftsjahr 2017/18) Marktführer in Europa.

- **Daniel Gürtler**  
Von: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at),  
erstmalig erschienen  
auf [kompetenz-online.at](http://kompetenz-online.at)



# YOUNION \_ VORARLBERG

## ERSTMALS LANDESKONFERENZ MIT OFFIZIELLER UG-BETEILIGUNG

**Am 21. November 2019 fand die erste Landeskonzferenz der younion \_ Vorarlberg statt. Die erste deshalb, weil diese Gewerkschaft vor fünf Jahren ja noch GdG-KMSfB hieß. Doch nicht nur der Name war neu, sondern auch die erstmalige, offizielle Beteiligung der Unabhängigen Gewerkschafter/innen (UG).**

Mario Lechner, Juliane Alton und Hedwig Baumann nahmen als Delegierte bzw. Gastdelegierte der Fraktion sowie Andy Richter-Huber als Ehrengast und Vertreter der KIV/UG\* an der Konferenz teil.

### Kooperation statt Hickhack

*„Ich bin sehr, sehr gerne hier nach Hohenems angereist,“ stellte Andy Richter-Huber in seinen Grußworten fest, „weil ich glaube, dass hier bei Euch in der younion\_Vorarlberg vieles sehr vorbildlich läuft. Das betrifft vor allem das kooperative Verhältnis zwischen den Fraktionen. Ihr habt es geschafft, den weltanschaulichen Gruppierungen zwar einen Platz in Eurer Organisation zu geben, ihre Bedeutung aber auf das notwendige Maß zu reduzieren. Fast überall sonst in der österreichischen Gewerkschaftswelt sind die Fraktionen jene Instanz, die die volle Kontrolle über ALLES ausüben. Die Folgen sind Intransparenz, ein Mangel an Demokratie, unnötige Konkurrenzsituationen, Doppelgleisigkeiten, kurz ein ständig nervenaufreibendes Hickhack. Davon hebt sich die younion \_ Vorarlberg seit vielen Jahren wohltuend ab. In einem konstruktiven und kooperativen Umfeld gelingt es Euch, alle Kraft für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.“*

Die im Frühjahr 2019 beschlossene neue Geschäftsordnung definiert für alle Fraktionen dieselben Rechte. FSG, FCG und KIV/UG konnten so erstmals je zwei Delegierte in die Landeskonzferenz entsenden und je ein Mitglied für den Landesfrauen- und den Landesvorstand nominieren. Alle weiteren Delegierten und Vorstandsmitglieder wurden – weitestgehend ohne fraktionelle Zugehörigkeiten zu beachten – von den Regionalgruppen entsandt.

Mario Lechner ist Vorsitzender des Fachbereichs Gemeindeverwaltung und wird die KIV/UG bzw. GE-MEINSAM/UG\* weiterhin im Landesvorstand vertreten. Zudem wurde er erstmals auch in das Präsidium der younion \_ Vorarlberg gewählt. Juliane Alton ist Mitglied im Landesfrauenausschuss und in der Kontrolle, Hedwig Baumann im Schiedsgericht.

Neu ist auch die Spitze der Landesorganisation. Thomas Kelterer, Obmann der Personalvertretung in der Stadt Feldkirch, wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

### Betriebsräte zweiter Klasse

Neben Personalentscheidungen stellte die Landeskonzferenz auch inhaltliche Weichen. Gefordert wurden u. a. Verbesserungen im Dienstnehmerschutz, eine Gehaltsreform und eine Stärkung der Personalvertretungen in den Gemeinden: „Wir wollen nicht länger Betriebsräte zweiter Klasse sein“, brachte es der neue Landesvorsitzende auf den Punkt. Es werde immer schwerer, die Interessen der Gemeindeangestellten zu vertreten. Dies liege zum einen an fehlenden rechtlichen Möglichkeiten, vielfach aber auch am mangelhaften Vollzug des Personalvertretungsgesetzes.

Im Bereich des Dienstnehmerschutzes gelten grundsätzlich zwar dieselben Bestimmungen wie für den Privatbereich, „nur fehlen bei uns die Möglichkeiten der Kontrolle und der Durchsetzung“, merkte Kelterer an. „Das im Jahre 2005 beschlossene Gehaltssystem ist zwischenzeitlich in die Jahre gekommen. Die Gehaltsentwicklung hat in vielen Bereichen nicht mit anderen Branchen



V. l. n. r.  
Ing. Christian Meidlinger,  
Hedwig Baumann, Andy  
Richter-Huber, Dr. Juliane  
Alton, Mario Lechner

mitgehalten,“ sieht Kelterer dringenden Handlungsbedarf, um den Vorarlberger Gemeindedienst wieder attraktiver zu machen.

### Die ticken tatsächlich anders

Auf dem Weg nach Wien fasst Andy Richter-Huber seine Eindrücke zusammen: „Also das war jetzt eine sehr dynamische und intensive Zeit. Tatsächlich ticken die in Vorarlberg gänzlich anders als in Wien.“

Das hat wenig damit zu tun, dass Vorarlberg viel kleiner ist, es sind dort einfach schon lange genug die richtigen Menschen am Ruder. Die haben zwar auch eine Antragsprüfungskommission, lachen allerdings selbst darüber. Die Anträge sind so kunterbunt von Menschen geschrieben, dass sie gar nicht unterscheiden können, welche Fraktion es war. Nein, noch viel Ärger, sie denken gar nicht daran, dass das wichtig sein könnte. Ganz durchschaut habe ich noch nicht, wie sie überhaupt zu fraktionellen Aufteilungen kommen, es gibt ja keine Wahlen. Allerdings habe ich den Eindruck gewonnen, dass sehr bunt, viele Menschen da sind, die sich engagieren und dadurch vieles mehr an Leistung bei den Gemeindeangestellten ankommt, als bei uns. Die ganze ‚Reibungsenergie‘ fällt weg! Bezeichnend auch die Organisation dieser Landeskonferenz. Sie wählen zwar brav ein Tagungspräsidium, weil es formal notwendig ist, aber dieses Präsidium sitzt dann nicht auf der Bühne

herum. Und so zieht sich das durch, Mario wird ins Präsidium gewählt und ist für die Öffentlichkeitsarbeit der yunion in Vorarlberg zuständig. Danach werden alle Mitglieder des Landesvorstandes gewählt usw. alles in offenen Abstimmungen. Alles ohne, dass es je eine Empfehlung von einem Gremium geben muss, und alles, ohne dass sich fraktionell groß wer einmischt. Es wird sehr stark hervorgehoben, dass die jeweilige Person das gut macht oder gute Qualifikationen mitbringt. Die Berichte sind so verständlich, dass sogar ein Wiener mitkommt, um was es geht.

Dann tritt der bisherige Vorsitzende zurück, weil er in Altersteilzeit geht. Er wird weiterhin eine Funktion haben, hat allerdings schon monatelang eine andere Person begleitet, um langsam zu übergeben.

Und danach wird gemeinsam gegessen und sogar in der Bar am Abend kann man nicht unterscheiden, wer von welcher Fraktion kommt. Alle diskutieren und lachen miteinander. Der gemeinsame Nenner ist stark spürbar.

\*) KIV/UG, Konsequente Interessenvertretung/Unabhängige Gewerkschafter/innen, ist die anerkannte alternative Fraktion in der yunion \_ Die Daseinsgewerkschaft GEMEINSAM-UG ist die UG-Fraktion in den Vorarlberger Gewerkschaften und in der Arbeiterkammer Vorarlberg



# VOLLVERSAMMLUNG DER ARBEITERKAMMER WIEN: SOLIDARITÄT MIT DEN MENSCHEN IN ROJAVA

**Auf Initiative der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) wurde eine gemeinsame Resolution der AUGE/UG, der FSG, des GLB, der Komintern und der BDFa bei der letzten Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien eingebracht.**

Die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten und ihre Verbündeten verteidigten die Welt gegen den IS. Mit ihrem Sieg ist ein Stück mehr Frieden und Sicherheit für die Menschen in der Region und damit in der gesamten Welt erreicht worden.

Mit dem Angriffskrieg der Türkei und ihren verbündeten Dschihadistenmilizen auf Rojava wird dieses Stück mehr Frieden und Sicherheit akut gefährdet. Nicht nur, dass der IS von Neuem zu erwachen droht und damit eine Gefährdung für den Nahen Osten, aber auch Europa und damit Österreich darstellt. Millionen ZivilistInnen in Rojava sind vom türkischen Angriffskrieg betroffen. Zehntausende kurdische Kolleginnen und Kollegen hier in Österreich sorgen sich um ihre Verwandten in Rojava. Die Presseagenturen berichten von zahlreichen schweren Kriegsverbrechen. Es wurde die kurdische Politikerin Havrin Khalaf der fortschrittlichen "Zukunftspartei" von einer protürkischen Dschihadistenmiliz hingerichtet.

## **Rojava. Ein Blick über den Horizont.**

Die autonome ‚Föderation Nordsyrien – Rojava‘ ist Vorbild für eine demokratische Zivilgesellschaft im Nahen Osten. Im Jahr 2016 erklärten KurdInnen, AraberInnen, SyrerInnen, AramäerInnen, TurkmenInnen und ArmenierInnen ihr friedliches Zusammenleben und ihr Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Würde, Demokratie, Gleichheit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Rojava ist damit nicht nur ein Modell für den Nahen Osten. Rojava ist Vorbild für eine zukünftige, bessere Welt. Entscheidungen werden in Rojava auf kommunaler Ebene getroffen. Die Wirtschaft befindet sich in den Händen gewählter Kommunalräte. Hunderte Genossen-



schaften wurden gegründet, drei Viertel des Grunds und Boden stehen unter gemeinwirtschaftlicher Verwaltung. Große Teile der Industrieproduktion werden durch von ArbeiterInnenräte verwaltete Betriebe erbracht. Rojava ist Symbol für eine Demokratie von unten. Für Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft. Rojava ist damit einer der wenigen Momente der Geschichte, in der sich die Frage nach einer besseren Welt kumuliert. Die Ideen, für die die Menschen in Rojava kämpfen, waren schon die Ideen der überwiegend sozialdemokratischen ArbeiterInnenräte Wiens der frühen 1920er Jahren. Es sind auch die Ideen, für die SozialdemokratInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen u.a. in den internationalen Brigaden in Spanien ab 1936 kämpften. Und auch heute wieder kämpfen Menschen auch aus der ganzen Welt für diese Ideen in Rojava. Für eine bessere Welt.

Dieses soziale und demokratische Experiment, dieser Versuch, eine bessere zukünftige Welt zu schaffen, muss erhalten bleiben.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien erklärt sich daher mit den Ideen einer Demokratie auf kommunaler Ebene und im Betrieb und Wirtschaft verbunden und erklärt ihre Solidarität mit den Menschen in der Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien / Rojava.



Foto Hilmi Hacıoğlu

## #FREEMÜLKIYE

# SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUSREISEVERBOTS FÜR DIE ÖSTERREICHERIN MÜLKIYE LAÇIN!

Seit mehreren Monaten wird die österreichische Pädagogin Mülkiye Laçin in der Türkei festgehalten und darf nicht mehr ausreisen. Ohne offizielle Begründung wird sie im Juli 2019 während ihres Familienurlaubs in dem Dorf, in dem sie aufgewachsen ist, von bewaffneten Polizisten und mit gepanzerten Fahrzeugen abgeholt und verhaftet. Obwohl sie nach einer Nacht im Gefängnis entlassen wird, verhängt der türkische Staat – bislang ohne Anklage – ein Ausreiseverbot.

Ihre Familie, Arbeits- und Theaterkolleg\*innen, Eltern der von ihr betreuten Kinder sowie Freund\*innen und Bekannte sind sehr besorgt und können nach Monaten des Wartens nicht hinnehmen, dass Mülkiye Laçin noch länger in Unsicherheit lebt, ob und wann sie endlich wieder nach Hause nach Wien zurückkehren darf.

Deshalb appellieren wir, die Unterzeichner\*innen, an den österreichischen Bundespräsidenten, die österreichische Bundesregierung, das Außenministerium, die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die Abgeordneten des National- und Bundesrates sowie an den Wiener Bürgermeister, vehement auf die türkische Regierung einzuwirken.

Wir fordern, dass sich die österreichischen Behörden gegen das unrechtmäßige Festhalten der Österreicherin einsetzen und unter Aufwendung aller Mittel dafür sorgen, Mülkiye Laçin so schnell wie möglich nach Österreich zurückzuholen.

Außerdem fordern wir, das Solidaritätskomitee und insbesondere ihre erwachsenen Kinder laufend über die kommenden Schritte der österreichischen Behörden zu informieren, um sichergehen zu können, dass alles politisch und diplomatisch Notwendige unternommen wird, damit Mülkiye Laçin rasch nach Wien heimkehren kann.

- *Das Free Mülkiye-Solidaritätskomitee*

Die Petition kann unter <https://mein.aufstehn.at/petitions/freemulkiye-sofortige-aufhebung-des-ausreiseverbots-fur-die-osterreicherin-mulkiye-lacin> unterschrieben werden.



## KOLUMBIEN STEHT AUF

**In Kolumbien sind am Donnerstag nach Polizeiangaben über 200.000 Menschen gegen die rechtskonservative Regierung des Präsidenten Iván Duque auf die Straße gegangen.**

Für die Demonstrationen war seit Monaten mobilisiert worden. Zunächst hatten Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen – in den vergangenen Wochen hatten sich Studierende, Lehrkräfte, Künstler\*innen und diverse andere Sektoren angeschlossen.

Die Regierung hatte schon in den Tagen zuvor angekündigt, die Armee in Alarmbereitschaft zu versetzen, und hatte alle Grenzübergänge des Landes für den Donnerstag geschlossen.

Während die schon am frühen Donnerstagmorgen begonnenen Demonstrationen überwiegend friedlich blieben, kam es vereinzelt zu Ausschreitungen. Am Donnerstagabend warfen Demonstranten in der Hauptstadt Bogotá Steine auf Bereitschaftspolizisten, die mit dem Einsatz von Tränengas reagierten.

Einige verummte Protestierende versuchten sich zudem Zugang zum Kongress zu verschaffen und rissen ein Stück Stoff ein, das ein historisches Gebäude auf dem zentralen Plaza de Bolívar schützt.

### **Grenzen geschlossen, Polizei und Militär auf der Straße**

Die landesweiten Demonstrationen gelten als die größten Proteste in der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Gewerkschaftler\*innen, Studierende und Lehrer\*innen



machten ihrem Unmut über wirtschaftliche Ungleichheit, Gewalt gegen Indigene und Aktivisten sowie Korruption Luft.

Duques Regierung schickte 170.000 Einsatzkräfte auf die Straßen, um öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Zudem ließ sie die Grenzübergänge schließen und 24 Venezolaner\*innen unter dem Vorwurf abschieben, zum Schüren von Unruhen eingereist zu sein. Der Bürgermeister von Cali verhängte eine nächtliche Ausgangssperre über die Stadt.

Trotz der regen Beteiligung an den Kundgebungen zeigten sich Expert\*innen skeptisch, dass sich Kolumbien nun auf eine anhaltende Protestwelle wie in Bolivien oder Chile gefasst machen müsse. Das Land befinde sich nicht in einem aufrührerischen Vorzustand, sagte Yann Basset von der Rosario-Universität in Bogotá. Er glaube nicht, dass es eine allgemeine Ablehnung des politischen Systems gebe.



Foto Juan Cristobal Zulueta



Dennoch gelten die Proteste als Weckruf für Duque, der aktuell nur auf Zustimmungswerte von 26 Prozent kommt.

### Reichlich Gründe zum Protestieren

Vor den Demonstrationen startete der Staatschef eine Charmeoffensive und suchte die Nähe zu Bürger\*innen. Zudem trat er Behauptungen in sozialen Medien entgegen, wonach er das Rentenalter anheben und Löhne für junge Arbeiter\*innen senken wolle. „Ich bin nicht hier, um über einen Rosengarten zu sprechen“, sagte Duque in einem Radiointerview. „Ich spreche über ein Land, das sich erholt; eine Wirtschaft, die sich verbessert und heute zu den besten in Lateinamerika zählt.“

Viele Kolumbianer\*innen sehen indes reichlich Grund zur Verärgerung. Trotz des Friedenspakts zwischen der Vorgängerregierung und der linken Rebellengruppe Farc von 2016 versinken große Teile Kolumbiens noch

immer in Gewalt. Illegale bewaffnete Gruppen ringen um Gebiete, aus denen sich der Staat schon vor langer Zeit zurückgezogen hat.

Hunderte indigene Führer\*innen und Sozialaktivist\*innen sind ermordet worden, aufgeklärt wurden die meisten der Verbrechen nicht.

Zuletzt machte Duques Regierung außerdem eine Serie von peinlichen Rück-

schlägen zu schaffen. Guillermo Botero trat Anfang November als Verteidigungsminister zurück, nachdem herauskam, dass mindestens acht Minderjährige bei einer Militäroperation gegen eine Splittergruppe der Farc umgekommen waren. Gegen Duques Verbündeten und Mentor, Expräsident Álvaro Uribe, laufen Ermittlungen wegen mutmaßlicher Beeinflussung von Zeugen.

Und Duque zog Kritik auf sich, als er bei der Generaldebatte der UN-Vollversammlung im September Fotos als Beweis hochhielt, wonach die sozialistische Regierung im benachbarten Venezuela kolumbianische Rebellen beherberge. Später stellte sich heraus, dass mindestens eines der Bilder in Kolumbien entstanden war.

•  
Aus: [www.taz.de](http://www.taz.de)

**Nicole Streitler:**

# GETRENNTE WELTEN.

## Brüchige Biografien in Zeiten der Globalisierung

Sophie erfüllt sich einen lang gehegten Traum und nimmt eine LektorInnenenstelle an der Universität Nizza an. Enthusiastisch stürzt sie sich in ein neues Leben weitab heimatlicher Vertrautheit und Routine, lässt Elias, ihren Freund in Wien zurück, der sie ermuntert, den Traum Wirklichkeit werden zu lassen. Regelmäßige Besuche an ihrem neuen Arbeitsort verspricht er, um die Beziehung aufrecht zu erhalten.

Was sich anfangs anfühlt wie ein Abenteuer, entwickelt sich schleichend zur Abwärts-spirale, zu einem Strudel an Gefühlen, die in Sophie Spuren der Destabilisierung und des Misstrauens hinterlassen. Als sie nach drei Jahren ihre Koffer packt, um nach Wien zurückzukehren, ist die Beziehung längst nicht mehr zu retten.

Nicole Streitler, geb. 1972 in Dornbirn, skizziert die innere Zerrissenheit einer jungen Frau, getrieben vom Wunsch, beruflich und persönlich erfolgreich sein zu wollen. Streitler's Roman, der autobiographisch grundiert ist, erzählt aus Sicht einer Frau und thematisiert eine typisch weibliche Biographie des 21. Jahrhunderts. Befindlichkeiten und die Rolle des Mannes werden aus der Außenperspektive rekonstruiert. Über Elias selbst erfahren wir wenig, erhalten kaum Einblick in seine Gedankenwelt und innere Bilder. Die Autorin entwickelt Analogien zwischen seinem Verhalten der Unentschlossenheit und dem Protagonisten in Robert Musils Werk „Der Mann ohne Eigenschaften“

Streitler behandelt in ihrem Roman gleich mehrere Themen: Verhaltensmuster und Geschlechterrollen, Lebensentwürfe und brüchige Biografien junger Menschen. Während des Lesens habe ich einen Rollentausch imaginiert: Wie hätte sich Elias in der Rolle der Sophie verhalten? Was bindet Menschen aneinander, was trennt sie?

- Ein Roman, der ausreichend Identifikationsfläche bietet und gleichzeitig Fragen aufwirft -



Roman. 2013. Weitra:  
Bibliothek der Provinz.  
ISBN: 978-3-99028-162-8

**Nicole Streitler**, geb. 1972 in Dornbirn, erzählt nicht nur eine Beziehungsgeschichte. Im Subtext weckt sie Neugier auf österreichische Literatur von Ernst Jandl, Elfriede Jelinek und Robert Musil, über den sie promovierte.

**Bezugsquelle für alle Bücher:**

**Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags, Rathausstraße 21, 1010 Wien**